

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 104 (2010)
Heft: 9

Rubrik: 3 Frage - 3 Antworten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

• Das Ausländerthema besetzt die politische Debatte und das seit Jahren. Mit der Umfrage der SVP zum 1. August und mit der Ausschaffungsinitiative, die wir – zusammen mit einem Gegenvorschlag – zu beurteilen haben werden, kommt neue Brisanz in die Auseinandersetzung. Monika Stocker fragte Anni Lanz von *Solidarité sans frontières*, Ehren doktorin der Uni Basel und langjährige Kämpferin für mehr Augenmass in der Asyl- und Ausländerpolitik, welche Intensivierung nun zu erwarten ist.

1. Anni Lanz, Sie verfolgen seit Jahren die Debatte, die Verschärfungen, die Anwendungen im Asyl- und Ausländerbereich. Welchen Stellenwert geben Sie der Abstimmung über die Ausschaffungsinitiative? Was ist mit dem Gegenvorschlag? Wie ist es zu gewichten, dass die Vorlage so daherkommt?

Bei allen Asyl- und Ausländerinitiativen sowie -Gesetzesrevisionen geht es um einen schrittweisen Abbau von Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit für MigrantInnen und für Flüchtlinge. Dadurch sind MigrantInnen nicht nur einem fast grenzenlosen Ermessen der Behörden, sondern auch viel härteren Rechtssanktionen als SchweizerInnen ausgesetzt. Die stets so vollmundig gepriesene Errungenschaft der Gleichstellung findet in der Ausländerpolitik nicht statt, obschon ihre Anerkennung von AusländerInnen im besonderen Masse gefordert wird.

Mit der Initiative und dem Gegenvorschlag werden AusländerInnen zwingend aus der Schweiz weggewiesen werden, wenn sie straffällig geworden sind. Initiative und Gegenvorschlag beinhalten unterschiedliche Straftatskataloge – schwere und geringe –, die zur Ausschaffung führen müssen. Von der Zusatzstrafe der Wegweisung sind aber alle Nicht-EU-MigrantInnen gleichermaßen betroffen, auch die Niedergelassenen, selbst diejenigen, die hier geboren und aufgewachsen sind. Als Geg-

nerInnen der beiden Vorlagen fordern wir gleiche Bestrafung für alle Menschen – unabhängig von der Herkunft. Wer unrecht handelt, soll rechtsgleich dafür zur Verantwortung gezogen werden, Nichts mehr und nichts weniger..

2. Viele Entscheidungen, das heisst Verschärfungen der letzten Jahre ritzen das Völkerrecht, entsprechen weder der Menschenrechtskonvention noch unserer schweizerischen Verfassung. Was bedeutet es, dass niemand mehr dagegen protestiert, oder vielmehr, dass jene, die protestieren möchten, kein Echo finden? Wie erleben Sie denn Ihren Kampf? Wird er schwieriger? Lächerlicher?

Die Abstimmungskämpfe zu Vorlagen, welche die Grundrechte zur Disposition stellen, entarten immer mehr zu Anti-Menschenrechts-Kampagnen, die Rechtsungleichheit nicht nur in der Verfassung, sondern auch im «gesunden Volksempfinden» verankern. Da sich mit menschenrechtlichen Argumenten – wie die Vox-Analyse nach der letzten Asylabstimmung feststellte – kaum Stimmen holen lassen, verlieren sie aus taktischen Gründen auch bei der Linken zunehmend an Gewicht. Doch Abstimmungstaktik hin oder her, die Grundrechte sind der zentrale Punkt einer emanzipatorischen Politik. Eine solche wird überall auf der Welt aus einer Minderheitsposition heraus betrieben. Sie erfordert ausserordentlich viel Zivilcourage, denn ihre VerfechterInnen werden nicht nur lächerlich, sondern auch zu gefährlichen KomplizInnen der «Minderwertigen» gemacht.

Mit Zugeständnissen an fremdenfeindliche Postulate begeben wir uns in eine Logik, aus deren Fängen wir nicht mehr herausfinden. Sie beruht auf einer stereotypen Minderbewertung von anderen im Vergleich zur überhöhten Einschätzung der Wir-Gruppe. Wer sich auf die Argumentation seines fremdenfeindlichen Gegenübers einlässt und nur noch um Nuancen ringt, verrät sei-

Abschied und Dank an die «Reformatio»

Weitere Informationen unter
www.ausschaffungsinitiative-2xnein.ch

ne eigene Überzeugung, dass vor dem Gesetz alle Menschen, unanhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, gleich sein müssen. Wer also über die Höhe des Strafmasses zu feilschen beginnt, das zwingend zu einer Ausweisung einer Person ohne Schweizerpass führen muss – zusätzlich zur strafrechtlichen Ahndung –, hat bereits das Prinzip der Rechtsgleichheit verlassen.

3. Ist es «nur» der Populismus, der diese Situation hervorgebracht hat – oder ist es tatsächlich so, dass die «Bevölkerung nicht mehr mitmacht»? Der Linken wird vorgeworfen, sie habe das Ausländerthema verschlafen, stimmt das? Wo liegt überhaupt ein möglicher Weg in die Zukunft? Gibt es Hoffnung?

Die Propaganda der SVP, auch die Ende Sommerferien in alle Haushalte verschickte Zeitung, wiederholt seit zwanzig Jahren, dass AusländerInnen die Zu-

kunftschanzen unserer Kinder ruinieren würden und mit manipulativen Bildern und Grafiken den bevorstehenden Untergang nicht nur der Schweizer Gesellschaft sondern der «christlich-abendländischen Kultur» belegen. Die Fremdenangst ist durch das beharrliche Wiederholen von Bedrohungsszenarien verfestigt worden. Ich nehme sie lediglich als wirkungsmächtiges soziales Konstrukt ernst. Im anlaufenden Abstimmungskampf werden vor allem die BefürworterInnen von Initiative und Gegenvorschlag aufgrund ihrer politischen Macht in der Öffentlichkeit zu Wort kommen. In dieser Scheinkontroverse werden die fremdenfeindlichen Prämissen nicht hinterfragt. Wie lassen sich diese Konstrukte – gegen den Mainstream in Politik und Medien – öffentlichkeitswirksam aufbrechen? Jede und jeder ist gefragt, mit LeserInnenbriefen und Gesprächen dazu beizutragen. ●

Ende 2009 wurde die «Reformatio – Zeitschrift für Kultur, Politik, Religion» nach 58 Jahren des Erscheinens eingestellt. Herausgegeben vom «Schweizerischen Evangelisch-kirchlichen Verein», verfolgte die Publikation den Zweck, das Erbe des Protestantismus in der Auseinandersetzung mit Zeitfragen wach zu halten. Die Monatszeitschrift war ebenso bürgerlich und konservativ wie ökumenisch und umweltbewusst. Kirchlich im engeren Sinn war die Reformatio von Anfang an nicht. In der Herausgeberkommission engagierten sich Juristen, Journalisten, Mediziner und Theologen.

Die Neuen Wege bedauerten diesen Schritt sehr, verschwand doch ein von der Struktur und auch vom LeserInnen-Milieu her ein den Neuen Wegen ähnliches Presserzeugnis. Zusammen mit der

Einstellung der Orientierung verloren die Neuen Wege auf Ende 2009 gleich zwei Mitstreiter und etwa nicht zwei Konkurrenten. Denn mit solchen Zeitschriften ist es wie mit dem Postautoangebot: Je mehr Postautofahrten, desto mehr Gäste insgesamt und auch pro Kurs, und je mehr kleine und profilierte Zeitschriften, desto mehr LeserInnen insgesamt und auch pro Heft.

In diesem Sinne betrachten wir von den Neuen Wegen die grosszügige Gabe von einigen Tausend Franken, die aus dem Nachlass der Reformatio an uns ergangen ist, als Ermunterung, weiter zu machen und dranzubleiben. (Sämtliche Texte der Zeitschrift Reformatio sind nach wie vor auf ihrer Homepage abruf- und online bestellbar.)

Die Redaktion